

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/47. Jahrgang

März 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

## Gießen ist sicherer geworden Was soll der "freiwillige Polizeidienst"?

Bis zum Sommer soll in Gießen ein „freiwilliger Polizeidienst“ eingerichtet werden. Warum der kommen soll, wird aus der Begründung nicht ersichtlich. Die aktuelle Kriminalitätsstatistik zeigt zwar insgesamt einen Anstieg, aber bei den hier relevanten Bereichen wie Straßenkriminalität, Raub, Vergewaltigung... sind die Zahlen gesunken, ebenso bei den Wohnungseinbrüchen. Zugenommen hat das Schwarzfahren und der Ladendiebstahl – um über 80%. Dagegen werden keine Polizeihelfer gebraucht, das fällt vor allem auch in die Verant-

wortung der Händler, die durch Personaleinsparung mit dazu beigetragen haben. Alles in allem:

**Gießen ist sicherer geworden.** Auch die Trainerin der Selbsthilfeorganisation „Unvergesslich Weiblich“ erklärte vor wenigen Wochen: „*Alle Polizeistatistiken zeigen, dass die Straftaten zurückgehen. Wir leben draußen schon in einer ziemlich sicheren Welt, schwierig ist die Situation eher im Drinnen.*“ Dennoch wird ein diffuses „Unsicherheitsgefühl“ herbeigeredet, um den „freiwilligen Polizeidienst“ zu rechtfertigen.

**Es geht nur um die 'Trinkerszene'** Eingesetzt werden soll er auf dem Bahnhofsvorplatz und vor allem in der Innenstadt und am Marktplatz: Er soll offenbar die „Trinkerszene“ disziplinieren. Das jedoch ist ein untaugliches Mittel und hinaus geworfenes Geld, das z.B. zur Unterstützung der aufsuchenden Sozialarbeit besser ausgegeben wäre. Auch dem Magistrat dürfte klar sein, dass bei zuneh-

### Inhalt:

Syrien/Heuchler/Kommunalwahl	S.2
Interview mit M. Riedl/Wasser	S.3
Grundsteuer/Jobcenter/TTIP/SWG	S.4
Politik ändern/Sport in Gießen	S.5
Faschisten im Stadtparlament/Schlosser	S.6
Hartz IV-Diskussion/AfD/Leserbrief	S.7
Frauentag/Termine	S.8

mender Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung auch diese Erscheinungen des Kapitalismus zunehmen werden, die man nicht mit Polizeigewalt verhindern kann.

Um die Situation zu entschärfen und den Menschen zu helfen, hat die Linksfraktion schon vor Jahren die Einrichtung einer Wärmestube gefordert – das wurde abgelehnt.

20 Personen soll der „freiwillige Polizeidienst“ umfassen und in die Ordnungspolizei integriert werden. Sie sollen dafür 7 € die Stunde erhalten (einmal Mindestlohn!), jeweils zu zweit mit einem regulären Beschäftigten eingesetzt werden und dies für 25 Stunden pro Monat. Das sind insgesamt 500 Stunden im Monat – oder die Arbeitszeit von rund drei Polizisten. Da drängt sich der Verdacht auf,

(Fortsetzung auf Seite 2)



**Reichtum besteuern.  
Armut bekämpfen.  
Zukunft finanzieren.**

**Gießener LINKE**

Stadtparlament:  
Liste 9   
Kreistag: Liste 8

Zur Kommunalwahl 6. März 2016

**Eine Stadt für alle.** 

**Gießener LINKE**

konsequent  
sozialistisch

**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP** 

# Syrien – Schluss mit der Einmischung

Wenn die Syrer unter sich wären, könnte der Krieg in wenigen Wochen beendet werden – das sagen mehrere Kenner des Landes und der Region. Zahlreiche lokale Waffenruhen zeigen, dass diese Aussage realistisch ist. Wenn es aber um das ganze Land geht, sind die Syrer nicht unter sich. In Wien wird über Frieden in Syrien verhandelt, aber wer am Verhandlungstisch sitzt entscheiden nicht Syrer, sondern die Regierungen der USA, Türkei, Saudi Arabiens – also genau die Staaten, die massive eigene Interessen in dem Land haben und durch Bewaffnung und Finanzierung islamistischer Milizen den Krieg erst möglich gemacht haben.

Bei der sogenannten Sicherheitskonferenz in München wurde eine Waffenruhe verkündet, Syrer waren an den Gesprächen nicht beteiligt. Jetzt empören sich westliche Regierungen und Massenmedien, weil die syrische Armee die Vertreibung der Islamistischen Kämpfer aus Aleppo vorbereitet. In vorwiegend von Kurden und Alaviten bewohnten Vororten und Stadtteilen wurden die Soldaten schon

begeistert als Befreier gefeiert.

In Aleppo, wie in vielen anderen Städten, hat es nie größere Demonstrationen und erst recht keinen Aufstand gegen die Regierung gegeben. Die Milizen marschierten von außen als Besatzer ein – die Bevölkerung hatte keine Wahl.

Die durch Eingreifen der russischen Luftwaffe erzielte Schwächung der verschiedenen islamistischen Gruppen macht einen von den Syrern selbst ausgehandelten Waffenstillstand möglich. Er kann dazu dienen, dass das Volk selbst entscheidet, wie und von wem es regiert werden will – und wie es in den jetzt vom sogenannten Islamischen Staat beherrschten Gebieten die Fremdherrschaft wieder los wird.

Gernot Linhart



# Zusammenschluss der Heuchler

CDU/SPD/Grüne/FDP/FW haben sich in Gießen als „Demokraten“ in einer gemeinsamen Plakataktion zusammengeschlossen, die sich gegen die AfD richtet. Da wuchs zusammen, was wirklich zusammen gehört. Alle diese Parteien unterstützen den Kriegskurs der Bundesregierung und ihre Waffenlieferungen. Sie sind so mit verantwortlich für den Zustrom aus jenen Ländern, in denen sie selbst dazu beigetragen haben, dass die Lebensgrundlage der Menschen zerstört wurde.

Alle diese Parteien unterstützen das Verarmungsprogramm der Bundesregierung (Agenda 2010, Hartz IV) und sind damit mitverantwortlich für die Ängste der Armen, die nun befürchten, ihre Almosen mit den Flüchtlingen teilen zu müssen.

Sie haben den Nährboden für rechte Scharfmacher geschaffen, die sie jetzt vorgeben, bekämpfen zu wollen – weil sie um ihr Wahlergebnis fürchten.

Allerdings bekam die AfD auch mediale Unterstützung in TV und Presse, hier besonders von der Gießener Allgemeinen, die sich bereits im vergangenen Jahr mit rund 10 mehrspaltigen Artikeln zum Hofberichterstätter entwickelte. Ihre jüngste Entgleisung gipfelt in der Aufforderung, die „demokratischen“ Parteien sollten sich alle in einem Bündnis der „Besonnenen“ mit der AfD zusammenschließen – gegen die Antifaschisten in Gießen, die gegen das Auftreten der AfD demonstrieren. Dümmer geht's nimmer. M.B.

(Fortsetzung von Seite 1)

## „freiwilliger Polizeidienst“

ob mit diesem Instrumentarium nicht ein ganz anderer Zweck verfolgt wird, ob damit nämlich längerfristig – wie schon seit Jahren – Stellenabbau im Polizeidienst geplant ist.

**Nachtrag:** Dieser Artikel basiert auf dem Bericht des Polizeipräsidiums vom 5.2.16. Darin war auch festgestellt worden, dass die Kriminalität von Ausländern um das 2,5fache zunahm, die Zahl der Flüchtlinge aber um mehr als das 4fache stieg, sie also unterdurchschnittlich kriminell sind. 13 Tage später wurde ein neuer Bericht vorgelegt, in dem diese Zahlen fehlen und insgesamt anders gewichtet wurde. Wer hat den bestellt? Und warum? E.B.

## Die "große" bedingt die "kleine" Politik

Erster Erfolg bei den diesjährigen Kommunalwahlen ist das gemeinsame Antreten der drei Organisationen - Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Partei Die Linke und Linkes Bündnis - als Gießener LINKE.

Wir weisen als einzige in unserem Programm nach, wo das Geld für notwendige kommunale Aufwendungen zu holen ist: bei den Banken und Superreichen durch eine andere Steuerpolitik. Daneben gibt es im Haushalt der Stadt Gießen unsinnige Ausgaben, die sinnvoller eingesetzt werden könnten. - Paradebeispiel ist die Landesgartenschau. Damit einher geht die Schädigung der Natur, Bäume wurden gefällt und Brutstätten zerstört. Die Gießener Linke tritt für die Erhaltung der Natur ein. Die GRÜNEN, die einst ein Markenzeichen für Umwelt und Natur waren, haben Kettensägen-Gerda zum Markenzeichen für Baumfällungen gemacht.

Wir grenzen uns nicht nur in unserem Programm von Verbrechen ab. Die größten Verbrechen sind, Kriege gegen andere Länder zu führen. Und da sehen wir die Parteien der jeweiligen Regierungen in Berlin in Verantwortung. Vergebens warten wir in Gießen auf eine Distanzierung. Sich von einer rechten Partei zu distanzieren ist die eine Sache. Die andere Sache wäre, zu sagen: Wir wollen, dass die Menschen in Afghanistan, im Irak, in Syrien und anderen Ländern in Frieden leben dürfen. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland und damit in Gießen nicht unter die Armutsgrenze fallen, nicht von Hartz IV leben müssen. Aus diesem Grund wollen wir keine Milliarden für die Rüstung ausgeben, Waffenexporte stoppen und jeden Waffenlieferanten vor Gericht sehen.

Das ist zwar die große Politik und manche sagen "kommunistische Ideologie". Es gibt meiner Meinung nach jedoch kein wichtigeres Ziel als in Frieden zu leben – in Gießen wie überall auf der Welt. Michael Beltz

# Interview mit Matthias Riedl, Spitzenkandidat der Gießener LINKE

## Widersprüche zwischen kapitalistischen Finanzinteressen und sozialen Bedürfnissen aufzeigen

**Gießener Echo:** Matthias, in Gießen wird durch die von der SPD geführten Koalition erfolgreich für Kinder und Jugendliche gearbeitet. Was könntest Du als Spitzenkandidat der Gießener Linke besser machen?

**Matthias Riedl:** Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Aber zu einer wirklich guten Kinder- und Jugendarbeit ist es noch ein sehr langer Weg. Das fängt beim dringenden Ausbau von Kitas an, da ist die immer noch mangelnde personelle und finanzielle Ausstattung des Allgemeinen Sozialen Dienstes für aufsuchende Jugendarbeit. Oder die Möglichkeit einer von religiösen Institutionen unabhängigen Betreuungs- und Bildungsarbeit in der Stadt. Die Liste ist lang.

**Gießener Echo:** Welche Hauptaufgaben siehst Du als möglicher Stadtverordneter für die nächsten fünf Jahre?

**Matthias Riedl:** Als Teil der Gießener LINKE sehe ich mich als Mitglied einer Oppositionsfraktion. Ich werde mich nicht als Mehrheitsbeschaffer für eine Fortsetzung der SPD/Grünen Stadtregierung verkaufen. Und ich bin sicher, meine zukünftige Fraktion auch nicht. Unsere Aufgabe wird es sein, bohrender Stachel zu blei-

ben, der die Widersprüche zwischen kapitalistischen Finanzinteressen und den sozialen Bedürfnissen der Menschen in unserer Stadt aufgreift. Ge-

guten Ideen mangelt es uns sicher nicht.

**Gießener Echo:** Wie und wo trittst Du gegen die AfD auf?

**Matthias Riedl:** Es gibt dafür keinen dezidierten Ort. Die AfD, und mehr noch die zunehmende rechte Stimmung in der Bevölkerung, muss ständig gestellt und entlarvt werden. Dazu sind Podien oder antifaschistische Demonstrationen nur ein Ort. Viel wichtiger aber ist der Nachbar, die Kollegin oder der Freundeskreis, die es aufzuklären gilt. Wir als Linke müssen hier deutlich Stellung beziehen und den Menschen klar machen, dass eine rechte Partei, in der sich u. a. ehemalige Mitglieder der NPD tummeln, nicht die Lösung für ihre Probleme und Ängste ist. Die AfD steht für Abbau des Sozialstaates, Zwangsarbeit und Unterstützung des Privatkapitals. Außer wehrlosen Sündenböcken bietet sie den Angestellten und Arbeitenden nichts.



Michael Beltz (links) interviewt Matthias Riedl

rade in den Kommunen, in denen die Entscheidungen der Politik direkt erfahr- und erlebbar werden, ist dies Kernaufgabe eines sozialistischen Wahlbündnisses. Wir werden sicher Anträge einbringen, die diese Widersprüche deutlich machen. Und an



## Wasser ist zum Waschen da, oder?

Spaziergänger des Ostviertels rieben sich am Faschingsdienstag abends und an Abenden vorher verwundert die Augen, als sie auf dem Alten Steinbacher Weg im Wald einen Lichtschein und mehrere LKWs entdeckten. Bei der Wasserdruck-Erhöungsanlage wurde an der Fernwasserleitung eifrig gearbeitet. Da die Genehmigung zum Bau durch den RP Gießen mit einer falschen Begründung durch OVAG und ZMW "Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke" erschlichen wurde, droht diesem Projekt ein Baustopp. So fordern es auch die

"Schutzgemeinschaft Vogelsberg" und hessische Umweltverbände. Warum aber dann die Eile bei der Arbeit? Nun, bei einem Baustopp richtet sich die eventuell erreichbare Entschädigungssumme für OVAG und ZMW nach dem Fortschritt der Bautätigkeit. Zahlen müssten, nämlich wir, die Steuerzahler. Bürgermeisterin "Kettensägen"-Gerda Weigel-Greulich könnte dazu Auskunft geben. Sie sitzt an der Informations- und Wasserquelle: Seit Oktober 2006 im Vorstand des profitierenden Zweckverbandes. Mario Berger



**Flüchtlingen helfen.  
Kriege beenden.  
Rassisten stoppen.**

**Gießener LINKE**

## Grundsteuer = Wohnungssteuer

Städte und Gemeinden haben nur wenige Möglichkeiten, die Höhe ihrer Einnahmen selber zu bestimmen. Eine davon ist die Grundsteuer – und die wird regelmäßig erhöht, wenn die Finanzen besonders knapp werden. Der Name Grundsteuer ist ein Schwindel, er erweckt den Eindruck, die Steuer betreffe nur Grundbesitzer. Von Vermietern wird sie aber auf die Mieter umgelegt. Die Grundsteuer B, die Wohngebäude betrifft, müsste eigentlich Wohnungssteuer heißen. Das Grundbedürfnis Wohnen, das eh schon teuer genug ist, wird zusätzlich besteuert. In Gießen liegt der Hebesatz nach der letzten drastischen Erhöhung bei 600; damit kassiert die Stadt jährlich 6 Millionen Euro mehr. Besonders ungerecht ist, dass diese Steuer für gleichwertige Wohnungen sehr unterschiedlich sein kann. Sie wird neben dem Hebesatz vom Finanzamt nach einer Bemessungsgrundlage berechnet, die kaum nachvollzieh- und nachprüfbar ist. Als Grundlage dienen der Wert des Grundstückes, die Baukosten und die erzielbaren Mieteinnahmen. Der Betrag kann alle 6 Jahre aktualisiert werden. Das geschieht aber selten, vor allem für Ein- und Mehrfamilienhäuser ändert sich viele Jahrzehnte nichts. Für Wohnblocks allerdings rentiert es sich für die Steuereintreiber, nach Sanierungen neu zu rechnen. Diese Erfahrung mussten die Bewohner renovierter Wohnblocks in der Dulles-Siedlung machen. Dort stieg die Bemessungsgrundlage und damit die Steuer rückwirkend ab 1.1.2014 um etwa das Dreifache – Nachzahlungen von mehreren Hundert Euro wurden fällig (das Echo berichtete). Sanierungsmaßnahmen an Wohnblöcken erhöhen also nicht nur die Miete, sondern auch die Grundsteuer. Obwohl energiesparende Baumaßnahmen gesellschaftlich gewollt sind, zockt das Finanzamt die betroffenen Mieter ab. Die Grundsteuer ist eine Abgabe, für die es außer dem Finanzbedarf der Kommunen keinen vernünftigen Grund gibt. Sie ist zudem äußerst ungerecht, für gleichwertige Wohnungen kann sie sich um das Mehrfache unterscheiden und im Extremfall bis zu 10% der Kaltmiete ausmachen. Diese Steuer sollte abgeschafft werden. G.Linhart

## „Eingliederungsvereinbarung“ – Schikane der Jobcenter

Im Januar berichteten wir über einen Fall in Gießen, in dem das Jobcenter seinen „Bescheid über die Einsetzung der Eingliederungsvereinbarung per Verwaltungsakt“ zurücknehmen musste.

Jetzt - der Fallmanager hat gewechselt - erhielt der gleiche Hartz IV-Bezieher (ein Aufstocker) erneut die Aufforderung, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben, was er natürlich wieder nicht tut und auch nicht tun muss. Als hätten die Jobcenter nichts zu tun, als seien sie unfähig, die Akten ihrer „Klienten“ auch nur zu lesen, beginnt das Spiel von vorne.

Eingliederungsvereinbarungen sind ein beliebtes Mittel, Hartz IV-Betroffene zu schikanieren. Ihnen wird eingeredet, dass sie unterschreiben müssen. Sie verpflichten sich damit, z.B.

X Bewerbungen im Monat zu schreiben und dies zu dokumentieren, obwohl klar ist, dass das eine sinnlose Beschäftigung ist, die ihnen nicht hilft. Verstößt jemand gegen diese „Vereinbarung“, beginnt das Jobcenter mit seinen Schikanen und verhängt Sanktionen: es kürzt die viel zu niedrigen Zahlungen.

Deshalb der Rat: nicht unterschreiben. Verweigert der Betroffene die Unterschrift, wird die Vereinbarung zwar per Verwaltungsakt in Kraft gesetzt – aber dagegen kann und sollte man Widerspruch einlegen.

Das ist auch in diesem Fall im Herbst wohl begründet geschehen (woraufhin er zurückgezogen wurde) und wird auch jetzt – bei neuem Fallmanager – passieren. Dabei sollte ihm nahegelegt werden, künftig vorher doch mal einen Blick in die Akte zu werfen.



## Hannover verzichtet im Winter auf Stromsperrn - und Gießen?!

Bundesweit wurde 2014 in rund 400.000 Haushalten Strom bzw. Gas gesperrt. Auch in Gießen geschieht das - wenn auch die Stadtwerke versichern, alles zu tun, um dies zu vermeiden. Der Antrag der Linksfaktion, wenigstens in den Wintermonaten keine Sperrung vorzunehmen, wurde abgelehnt - mit der unlo-

gischen Begründung: das wären nur wenige Fälle. Gerade dann kann man doch darauf verzichten! - Die Stadtwerke von Hannover haben zusammen mit der Kommune im Jahr 2011 einen Härtefonds eingerichtet, um Stromsperrn im Winter zu vermeiden. Daran sollte sich Gießen ein Beispiel nehmen!

# Es liegt an uns allen, die Politik in Gießen zu ändern

Wenige Tage vor den Wahlen läuft das Ultimatum zum Erhalt des Uferwegs am Schwanenteich aus. Tausende Unterschriften unter das Bürgerbegehren der BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ und viele Aktionen wie die Umzingelung des Teichs haben erreichen können, dass die Stadt wenigstens diese Idylle nicht zerstört hat - bisher. Dennoch wurden für die Landesgartenschau hunderte Bäume gefällt, wurde das Hochzeitsbrückchen zerstört und mit vielen Verzierungen die Wiesseckkaue verschandelt wie der „Strandbar“, die mit

lauter Technomusik Erholungssuchenden und Nachbarn die Ruhe raubt. Jetzt missbrauchen die „Events“ des sog. Fördervereins die Natur als gewerbsmäßigen Rummelplatz und vertreiben die letzten Teichhühner mit Blasmusik.

Ob die neue Stadtregierung diesen Raubbau an der Natur beenden wird, hängt auch vom Ausgang der Kommunalwahlen ab, vor allem vom Abschneiden der „Grünen“ und deren Bürgermeisterin, die diesen Umweltfrevel maßgeblich betrieben hat. Das konnte im Wahlkampf jetzt sogar zu

dem Slogan führen: Wer in Gießen Grün will, muss CDU wählen.

Ob die neue Stadtregierung das vollmundige Versprechen nach mehr Bürgerbeteiligung einlösen wird, darf bezweifelt werden. Wir haben nicht vergessen, dass der BI wo es nur ging, Steine in den Weg gelegt wurden: vom Verbot der Unterschriftensammlung bis zur Anrufung der Gerichte, vom Sabotieren demokratisch gestellter Anträge im Stadtparlament (deren Behandlung mit Tricks bis nach Mitternacht herausgezögert wurde, um sie dann en bloque abzulehnen) bis hin zum Verbot, auf dem Gelände Flugblätter zu verteilen (Wiemer versuchte sogar sie mit Gewalt zu entreißen).

Ob die neue Stadtregierung künftig den Umweltschutz ernst nehmen und sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten muss, statt die Interessen kommerzieller Geschäftemacher zu verfolgen, das wird zum einen von der Zusammensetzung im Stadtparlament abhängen und zum anderen von der Wachsamkeit und dem Einsatz der Gießener Bürgerinnen und Bürger. - Es liegt an uns allen die Politik in Gießen zu ändern! Ich bin dabei: als Kandidatin der Gießener Linken (Liste 9) und als engagierte Bürgerin.   
Martina Lennartz



Gegen den Willen vieler Menschen - hier die Kundgebung im Sommer 2013 - wurde die Unterführung Ostanlage zugeschüttet und eine halbe Million Euro verpulvert.

## Sport in Gießen: Ohne Moos wenig los...

„Keine Lobby, es fehlt Geld, der Sport wird nur noch verwaltet“ - das waren einige der Vorwürfe, die Gießener Vereinsvertreter anlässlich einer Podiumsdiskussion zur Kommunalwahl äußerten.

Eingeladen hatte der Sportkreis Gießen alle kandidierenden Parteien/Gruppen, und so waren erhebliche sportpolitische Unterschiede zu hören.

Um es kurz zu machen: Bis auf Gießener Linke (Michael Beltz) und Bürgerliste (Elke Koch-Michel) fanden sich alle damit ab, dass Gießen dem Schutzschirm unterliegt und so auch der Sport in Gießen sparen muss.

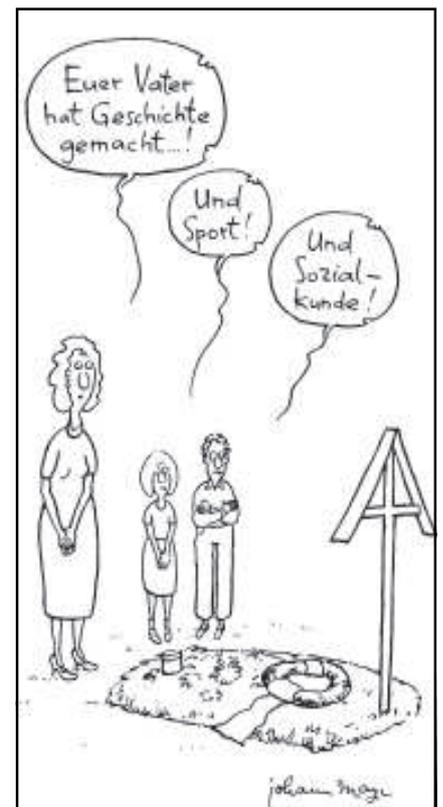
Dass die Sportkommission geheim tagt, finden eigentlich auch fast alle in Ordnung; zumindest so lange man ihr selbst angehört und damit wichtige finanzielle Entscheidungen der Mehrheitsparteien im Rathaus beeinflus-

sen kann. Ein von mehreren Sportlern gefordertes Sportkonzept für Gießen könnte allerdings zukünftig wichtige Impulse setzen, vorausgesetzt, dass dies nach der Wahl nicht in Vergessenheit gerät.

Die Gießener Linke hat in ihren Forderungen für den Sport im Wahlprogramm u. a. dazu ausgeführt:

- \* Sportkommission soll zukünftig öffentlich tagen
- \* Sportvereine treffen sich regelmäßig mit den politisch Verantwortlichen
- \* Vereine mit hohem Migrationsanteil sind finanziell und personell zu unterstützen
- \* Ausbau und Erhalt der Sportstätten; auch durch Neubau von drei Kunstrasenplätzen in Kleinlinden, der Weststadt und Ringallee.

Helmut Appel



# Faschisten nach 1945 im Gießener Stadtparlament

Vor fünf Jahren hatte die Linksfraktion beantragt, die NS-Vergangenheit der Gießener Stadtverordneten zu untersuchen. Dass von den vor 1927 geborenen 92 Parlamentariern etwa ein Drittel Mitglied der NSDAP war, war bereits vor drei Jahren bekannt. Jetzt kann man es ausführlich, aber mit Lücken, in Buchform\*) lesen.

Wilhelm Runtsch taucht lediglich als Stadtverordneter des Gießener Blocks/BHE auf, war aber seit 1970 als CDU-Mitglied im Hessischen Landtag und wurde 1977 zum OB in Gießen (damals „Lahnstadt“) gewählt - trotz seiner faschistischen Gesinnung. Er war aktiv in der reaktionären Sudetendeutschen Landsmannschaft. Seit 1963 war er Mitglied im Witiko-Bund, einer neofaschistischen Elite-Vereinigung, die fast ausschließlich aus alten NS-Funktionären bestand. Sie erkannten die Nachkriegsergebnisse nicht an, forderten „Deutschland in den Grenzen von 1937“ und leugneten den Holocaust wie auch die Schuld der Faschisten am 2. Weltkrieg. In

## Schlosser kein Ehrenbürger

Zweimal wurde der Antrag der Linksfraktion zur Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Hermann Schlosser im Stadtparlament abgelehnt, weil „sie mit dem Tod ohnehin erloschen sei“, wie das Rechtsamt fälschlicherweise behauptete. Jetzt werden SPD und Grüne hektisch. Per Initiativantrag soll dies auf der letzten Sitzung der Stadtverordneten in dieser Wahlperiode durchgezogen werden. Offenbar soll nach dem peinlichen Skandal um Otto Eger und Friedrich Feld eine weitere Nazi-Ehrung beendet werden. Als Begründung dient eine umfangreiche Ausarbeitung über Schlosser und die Hintergründe der Ehrung, die auf Beschluss des Stadtparlaments in Auftrag gegeben worden war, „weil sich die Stadtverordneten nicht ausreichend informiert fühlten“. Viel Neues ist darin jedoch nicht enthalten; die Fakten waren lange bekannt und der Skandal der Ehrenbürgerschaft des Mannes, der u. a. das Giftgas zur Vernichtung der Juden produzierte, bereits in überregionaler Presse thematisiert worden. Sei's drum, lieber spät als überhaupt nicht. Bleibt noch die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Hitler, die das Stadtparlament bisher auch verweigert.

Gießen tat sich CDU-Fraktionsvorsitzender Runtsch als Scharfmacher für Berufsverbote hervor und verlangte im Sommer 1975, dass alle städtischen Bediensteten einer umfassenden Gesinnungsschnüffelei zu unterziehen seien. – Das wurde vom damaligen SPD-Magistrat abgelehnt.

Eingehend wird in der Schrift die „Entnazifizierung“ in Gießen geschildert.



Auch hier hatten sich gleich nach der Befreiung die Antifaschistischen Ausschüsse gegründet, die entschlossen waren, die Beschlüsse der Alliierten umzusetzen und alle Nazis aus dem öffentlichen Leben zu entfernen und gegebenenfalls zu bestrafen. Es kam anders. Die Ausschüsse mussten ihre Arbeit zugunsten der Spruchkammern einstellen, in denen

zunehmend – oft mittels Gefälligkeitsaussagen (Persilscheine genannt) – alte Nazis in ihren Positionen belassen wurden oder zurückkehren konnten. (Viele ehrliche Antifaschisten stellten deswegen in Hessen ihre Mitarbeit bereits im Sommer 1947 ein.) Hinzu kamen Amnestie-Erlasse der Militärregierung, die längst im Sinne Churchills („wir haben das falsche Schwein geschlachtet“) gegen den „Feind im Osten“ aufrüstete. Schließlich blieben fast nur noch „Mitläufer“ übrig – und die Nazis saßen in den Verwaltungen, Parlamenten und Betrieben wieder fest im Sattel. Das entsprach dem Willen der BRD-Regierung, die keinen einzigen der Nazi-Blutrichter zur Verantwortung zog und Nazi-Verbrecher mit offenen Armen aufnahm. Als ein Beispiel unter vielen sei H.-M. Globke genannt, Mitverfasser der Nürnberger „Rassegesetze“ zur Judenvernichtung und bis 1963 Staatssekretär in Adenauers Bundeskanzleramt. Erika Beltz

\*) Wolfgang Helsper, Der demokratische Wiederaufbau in Gießen nach 1945. Politische Weichenstellungen und der Umgang mit der NS-Vergangenheit. 145 Seiten, für 5 € im Buchhandel erhältlich



Familie. Seine Ehefrau stand ebenfalls auf der Bundestagsliste der Kommunisten und ist Herausgeberin des kommunistischen Hetzblättchens „Gießener Echo“, das seine publizistische Aufgabe vornehmlich darin sieht, angesehenen Repräsentanten der Gießener Union zu verketzern. So unterstellte man dem Landtagsabgeordneten Wilhelm Runtsch, einem besonnenen Demokraten, geistige Verbindungen zur „Nationalzeitung“. Der zum Vorstand der CDU-Land-

oben aus: "Bayernkurier" vom 27. 1. 1973

Nachdem das Gießener Echo (Extra Okt. 1972) einen Leserbrief Runtschs an die Nationalzeitung abgedruckt hatte, in dem er für eine gemeinsame Veranstaltung gegen die NS-Kriegsschuld warb, erhielt er Unterstützung vom Bayernkurier (links). Wir bedankten uns mit: "Der Radikale aus dem Tiefbauamt" (Runtschs Arbeitsplatz).

# Weg mit Hartz IV – oder?

Zu diesem Thema fand am 18.2. eine Veranstaltung von DKP, SDAJ und Aktionsbündnis Sozialproteste statt. Der Referent, Werner Altmann, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, begann mit der Geschichte der „Armenfürsorge“, die etwa 1650 mit der Errichtung von Armut- und Arbeitshäusern begann. Schon damals war es für Betroffene oft schwer, aus dem System wieder herauszukommen, da sie als besonders billige Arbeitskräfte dienten. Im 20. Jahrhundert lösten Arbeits- und Sozialhilfe dieses System ab. Durch die Hartz-Gesetze der SPD/Grüne-Regierung wurden vor 10 Jahren Arbeits- und Sozialhilfe zusammengelegt, was für die meisten Arbeitslosen eine deutliche Verschlechterung bedeutete. Der Referent berichtete von besonderen Schikanen für Hartz IV – Bezieher wie Zumutbarkeitsregeln, Zusammenlegung zu Bedarfsgemeinschaften, geringes Schonvermögen, Sanktionen

und dem Zwang zu Eingliederungsvereinbarungen. In der anschließenden lebhaften Diskussion wurde vor allem auf die politischen Aspekte der Hartz-Gesetze eingegangen: Schaffung eines Niedriglohnssektors, Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse



Werner Altmann (r) neben Michael Beltz, DKP Gießen

und damit Druck auf alle Beschäftigten – das alles im Dienste der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne. Verbesserungen sind nur durch Kampf in und mit den Gewerkschaften möglich, eine Abschaffung der Arbeitslosigkeit nur durch Überwindung des Kapitalismus. G.Linhart

## AfD will Arbeitslosen an den Kragen

Der Gießener Anzeiger hat dankenswerter Weise am 20.2. einige AfD-Größen entlarvt: Mitbegründer Peter Oberender z.B. möchte Hartz-IV-Bezieher veranlassen, eine ihrer Nieren zu verkaufen, um ihre Situation zu verbessern. Mitbegründer und zeitweiliger Bundesvorsitzender Konrad Adam will das Wahlrecht für Arbeitslose und Transferbezieher abschaffen.

Zu ergänzen: Der Gießener AfD-Kandidat Hilmar Jordan ist Vorsitzender des Vereins zur Ehrung des faschistischen „Kampfgeschwader 55 Greif“, das mit Flächenbombardements Warschau, Rotterdam, Coventry und zahlreiche sowjetische Städte in Schutt und Asche legte.

## Leserbrief

Liebe Gießener DKP-Mitglieder und Leser des Gießener Echo's, zuerst wünsche ich Euch maximale Erfolge beim bevorstehenden Wahlkampf!

Ich bin darüber erfreut zu lesen, dass es bei Euch möglich ist und auch praktiziert wird, dass DKP-Mitglieder auf einer Liste mit der Partei Die Linke kandidieren, das ist leider noch nicht überall gängige Praxis. Notwendig ist diese Zusammenarbeit ohnehin, gilt es doch, hier und jetzt sich für eine gerechtere Politik vor Ort einzusetzen. Natürlich kann so ein Bündnis nicht zwangsläufig geschehen, sondern beruht auf einer großen Anzahl von vorhandenen Schnittmengen, die letztendlich eine hoffnungsvolle Arbeitsgrundlage bilden. Der Auszug aus dem

Wahlprogramm dokumentiert dieses eindeutig.

Als ehemaliger Fraktionsvorsitzender Die Linke in der Gemeinde Lambrechtshagen, unweit von Rostock, habe ich stets dagegen gekämpft, mich als Erfüllungsgehilfe dieser „kapitalistischen Demokratie“ missbrauchen zu lassen, indem die gewählten Kommunalvertreter den „Sachzwang“ verwalten, wo es nur darum geht „Pflichtaufgaben“ abzunicken und bei den „freiwilligen Aufgaben“ stets zu kürzen. Hier gilt es unbedingt gegenzusteuern und dazu ist ein Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften zu bilden. Natürlich muss auch die außerparlamentarische Bewegung gestärkt werden, die letztendlich den politischen Druck für ein Umdenken erzwingt. Ich wünsche Euch viel Kraft und Erfolg!

Carsten Hanke

## Liebe Leserinnen und Leser des Gießener Echo,

einige werden es bereits mitbekommen haben: die Druckerei, in der das Echo gedruckt wird, hat Insolvenz angemeldet. Für uns heißt das: Die Druckkosten werden nicht unerheblich steigen. Wir müssen unsere Leser/Abonnenten um mehr Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten.

Gerade angesichts der politischen Weltlage, der Kriegsgefahr und der Verelendung versucht das Gießener Echo ein Gegenpol zur bürgerlichen Presse zu sein, die sich durchweg mit kleinen Unterschieden als Sprachrohr der Herrschenden versteht.

Deshalb unsere dringende Bitte an alle, mitzuhelfen, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

**Wir bitten um Überweisung auf das Konto:**

**Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.**

Selbstverständlich nehmen wir auch Bargeld: am Info-Stand, bei unseren Veranstaltungen, an DKP-Mitglieder oder per Post. Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit vielem Dank

und hoffnungsvollen Grüßen  
Redaktion Gießener Echo



news.dkp.de  
www.dkp-hessen.de  
dkp-giessen.de

**DKP Gießen auch bei Facebook**

**Redaktionsschluss für April-Echo: Mi., 16. März**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: **www.dkp-giessen.de**

# Chancengleichheit und gute Qualität in der Bildung herstellen!

**Aktionstag am Freitag, dem 4. März in Gießen**

13.30 Uhr Demonstration von der Gesamtschule Gießen-Ost zum Rathaus  
mit anschließender Kundgebung ab 15 Uhr

---

## MARBURG

„Die Frau meines Vaters“ - Erinnerungen an Ulrike Meinhof  
Lesung mit der Stieftochter von Ulrike Meinhof

**Anja Röhl**

Sonntag, 13. März, 11 - 13 Uhr, Wintergarten des TTZ (Software-Center 3)  
Veranstaltung von DKP Marburg und SDAJ Gießen/Marburg

---

## Ostermarsch 2016

„Fluchtursachen beseitigen -  
Menschenrechte umsetzen“

**Gießen, Ostersonntag, 26. März:** Info-Stand und Kundgebung  
von 11 bis 13 Uhr im Seltersweg/Ecke Löwengasse. Thema: "Militarisierung der  
Politik - gegen Waffenlieferungen und Modernisierung von Atomwaffen" mit dem  
Liedermacher Ernst Schwarz

**Frankfurt, Ostermontag, 28. März:**

Abmarsch der Route von Norden am Ostermontag 11 Uhr Bornheim, Gießener  
Str./Marbachweg (US-Generalkonsulat). Demonstration zum Römerberg.  
Hier findet ab 13.00 Uhr die Antikriegskundgebung statt.

---

## Imperialistische Kriege und wie weiter?!

Diskussions-Veranstaltung mit

**Inge Viett**

Freitag, 15. April, 19.30 Uhr, Versailles-Zimmer/Kongresshalle

---

**Widerstand  
gegen Hartz IV**

**montags 18 - 19 Uhr,  
bei den 3 Schwätzern**



## Pressfest der DKP

Vom 1. bis 3. Juli 2016 findet wieder  
in Dortmund im Revierpark Wischlingen  
das UZ-Pressfest, Volksfest der  
DKP, statt. Zur Finanzierung gibt es  
wieder die Buttons zu 10 bzw. 5 €

8

**UZ-Sozialistische  
Wochezeitung der DKP**  
**UZ** Woche für Woche  
antikapitalistisch!

**10 Wochen kostenlos testen**  
CompressVerlag, HoffnungsStr.  
18, 45127 Essen  
info@unsere-zeit.de

**Neue UZ-Pressfestseite  
www.uz-pressefest.de**

Sie wird ständig aktualisiert und gibt  
einen Überblick über Angebote, all-  
gemeine Infos und Neuigkeiten, Pro-  
grammübersicht, auftretende Künst-  
ler, Veranstalter u.a.m.

# 8. März



## Internationaler Frauentag

*Wir erwarten unsere volle Emanzipation weder von der Zulassung der Frau zu dem, was man freie Gewerbe nennt, oder von einem dem männlich gleichen Unterricht – obgleich die Forderung dieser beiden Rechte nur natürlich und gerecht ist – noch von der Gewährung politischer Rechte. Die Länder, in denen das angeblich allgemeine, freie und direkte Wahlrecht existiert, zeigen uns, wie gering der wirkliche Wert desselben ist. Das Stimmrecht ohne ökonomische Freiheit ist nicht mehr und nicht weniger als ein Wechsel, der keinen Kurs hat. Wenn die soziale Emanzipation von den politischen Rechten abhinge, würde in den Ländern mit allgemeinem Stimmrecht keine soziale Frage existieren.*



*Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechts wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen. In Erwägung dieser Tatsache bleibt den Frauen, denen es mit dem Wunsch ihrer Befreiung ernst ist, nichts anderes übrig, als sich der sozialistischen Arbeiterpartei anzuschließen, der einzigen, welche die Emanzipation der Arbeiter anstrebt. Aus der Rede von Clara Zetkin auf dem Kongress der II. Internationalen 1889 in Paris.*